

›Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‹
Wie männliche, weiße, sozial Privilegierte zum Opfer der Unterdrückung
werden.

Leseauszug aus:

Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der ›Sarrazinebatte‹

edition-assemblage.de, 2011 – ISBN 978-3-942885-01-0

Während der ›Sarrazinebatte‹ argumentierten Befürworter_innen der Sarrazinschen Thesen häufig mit dem Argument der Meinungsfreiheit. Mit dem Slogan »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen« (Bild, 9.9.2010) brachte die *BILD*-Zeitung diese Strategie prägnant auf den Punkt. Vieles sei lange wegen ›falscher Rücksichtnahme‹ nicht ausgesprochen worden, nun sei es an der Zeit, offen zu reden – und zwar nicht über Rassismus, Klassismus und andere Formen der Ausgrenzung, sondern über ›fehlende Integrationswilligkeit‹ von Migrant_innen.

Viele derjenigen, die Sarrazins biologistische Begründungszusammenhänge ablehnten, gestanden ihm dennoch zu, mit der ›Ausländerproblematik‹ ein Themenfeld geöffnet zu haben, das nicht länger ignoriert werden dürfe. So schrieb der *SPIEGEL*:

»Mit seinen umstrittenen Thesen hat Thilo Sarrazin ein Thema auf die Agenda katapultiert, das die Parteien gern verschweigen: ihr Versagen in der Integrationspolitik. Ausgerechnet in der Ausländerpolitik hat eine große Koalition aus links und rechts jahrzehntelang die Wirklichkeit ignoriert.« (Bartsch u.a. 2010: 21)

Im selben Atemzug gebärdete man sich als zivilgesellschaftliches Bollwerk gegen Rechts:

»In vielen anderen Einwanderungsländern hat die Unfähigkeit der etablierten Politik, die Ausländerproblematik entschlossen anzugehen, die großen Vereinfacher nach oben gespült. Rechtspopulisten wie den Franzosen Jean-Marie Le Pen, den Holländer Geert Wilders oder den Österreicher Jörg Haider. Warum sollte ausgerechnet Deutschland von diesem Typus verschont bleiben?« (Ebd.)

Diese Argumentationsfiguren zogen sich durch etliche Medien. Selbst diejenigen, die Sarrazin kritisierten, ›überprüften‹ anhand von Statistiken und Umfragen zu der ›Integrationswilligkeit‹ von Migrant_innen seine Thesen

auf ihre ›Richtigkeit‹. Kategorien wie Fremdheit und Werte wie kulturelle Homogenität wurden vorausgesetzt und damit rassistische Implikationen übernommen. Vermittelt wurde dabei, dass Rassismus Effekt des Handelns oder Nicht-Handelns von Migrant_innen sei bzw. von deren ›Grad der Integration‹ abhängen.

Diese Diskursstrategie ist nicht neu. Anfang der 1990er Jahre durften wir ähnliches beobachten. Die massiven rassistischen Übergriffe und Angriffe wurden in einen Kausalzusammenhang mit der Frage nach dem Asylrecht gebracht. Die faktische Abschaffung dessen sollte auch die Pogromstimmung mildern. Kritiker_innen dieser perfiden Logik wurde im mildesten Fall vorgeworfen, sie würden sich der ›notwendigen Debatte‹ verweigern, und im drastischsten, das Aussprechen dessen zu verhindern, was ausgesprochen gehöre. Kurz gesagt: Nicht erst seitdem das Buch »Deutschland schafft sich ab« des Sozialdemokraten Thilo Sarrazin erschienen ist, werden vornehmlich – aber nicht nur – von der politisch Rechten mangelnde Meinungsfreiheit und mediale Hetzjagden auf ›Andersdenkende‹ beklagt.

Die extreme Rechte mischt mit

Die extreme Rechte mischt hier kräftig mit und expliziert, was im Mainstream-Diskurs angelegt ist. In Zusammenhang mit der aktuellen ›Sarrazin-debatte‹ konstatierte Udo Voigt in der NPD-eigenen Monatszeitung Deutsche Stimme, dass es in Deutschland »dann keine Meinungsfreiheit mehr zu geben scheint, wenn einer etwas äußert, was die selbsternannten ›Demokraten‹ nicht hören wollen« (Voigt 2010). Nun erlebe auch Sarrazin, »wie nationale Bürger und unsere Partei tagtäglich verfolgt werden, wenn sie politisch vermeintlich Unkorrektes äußern« (ebd.). Worin die Verfolgung besteht, erfahren wir von Udo Voigt nicht. Von Negativeffekten für Sarrazin kann trotz des Bundesbankabgangs kaum die Rede sein. Schon eher von einem fetten Pensionsangebot, einem Bestseller und ausgiebigem Dank dafür, endlich Debatten über sogenannte Tabuthemen möglich gemacht zu haben. Letzteres reicht Leuten wie Voigt allerdings nicht, denn »Änderungen wird es [...] nicht durch kluge Reden geben, sondern durch revolutionär verändertes Wahlverhalten bisher frustrierter Wähler« (ebd.).

Auch die Tabus sieht die extreme Rechte noch lange nicht aufgehoben. Die *Junge Freiheit* titelte »Die Treibjagd auf Sarrazin« (*Junge Freiheit* 36/2010) und Thorsten Hinz führte ebendort aus, wie Tabus und »Diskursverbote« im Fall Sarrazin wirken (Hinz 2010). Auch im Bezug auf den Nationalsozialismus herrsche in Deutschland keine Meinungsfreiheit, so Hinz in gewohnter Manier. Gewohnt deshalb, weil die *Junge Freiheit* immer wieder für das ›Recht

auf Verharmlosung und Leugnung des Holocaust kämpft – im Sinne der Freiheitsrechte, versteht sich (vgl. Wamper 2008). »Klartext« ist dann auch die Forderung, mit der die *Junge Freiheit* prompt am 2./3.10.2010 in der Süddeutschen Zeitung eine Anzeige schalten ließ.

Pro Deutschland ging in Solidarität mit Thilo Sarrazin gar auf die Straße, denn auch ihre Überzeugung ist, in Deutschland sei die Meinungsfreiheit in Gefahr! Hier gehe es um mehr als um

»den Rauschmiß einer Einzelperson aus bestimmten Ämtern: Sarrazin ist zum Symbol für das mittlerweile aufgekommene Erfordernis geworden, die Werte der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland gegen Verfassungsfeinde zu verteidigen«.
(Kudjer 2010)

Hier hätten wir die wesentlichen Aussagen der mehr und weniger »extremen« Rechten zusammengefasst: Die Meinungsfreiheit sei immer genau dann in Gefahr bzw. abgeschafft, wenn rassistische, sexistische, antisemitische, klassistische oder andere ausgrenzende Aussagen in Frage gestellt werden. Die Wirklichkeit müsse einer vermeintlichen Political Correctness weichen, die solche, die »mutig«, »heroisch« und »aufrecht« trotz aller Widerstände ihre Wahrheit aussprechen, der mindestens medialen Verfolgung aussetze. Die Rechte führe den Kampf für die Freiheit der Meinung, der Rede, des Ausdrucks. Sie brächte die unterdrückten Realitäten gegen die Diktatur der Denkverbote in einem gewaltigen Akt der Zivilcourage ans Tageslicht.

»Gescheiterte Tabuisierung«

Diese Aussagenketten tauchen immer da auf, wo Kritik präventiv oder nachträglich diskreditiert werden soll. Paradox ist, dass das Beklagen mangelnder Meinungsfreiheit je mit dem Aussprechen dessen zusammenfällt, was angeblich nicht gesagt werden dürfe. Sarrazin bewies eindrucksvoll mit dem Erscheinen seines Buches, mit horrenden Verkaufszahlen, mit der Tour durch Talkshows und unzählige Städte, dass seine Thesen sehr wohl sagbar sind. Aber das Ganze hört sich besser an, wenn der Reiz des Verbotenen hinzukommt – und wahrscheinlich verkauft es sich auch besser.

Dass der imaginierte Mechanismus des Redeverbots hier nicht so richtig wirken wollte, musste irgendwann selbst die Rechte zugestehen. Allzu offensichtlich war der Widerspruch zwischen der Behauptung von Meinungstabus und freimütiger Debatte. Abrücken wollte man von der strategischen Figur dennoch nicht. So war beim rechten Institut für Staatspolitik zu lesen, dass es sich um eine »gescheiterte Tabuisierung« handle. Dementsprechend wurde der »Sieg der Meinungsfreiheit« gefeiert (Institut für Staatspolitik 2010). In

der rechten Monatszeitschrift *eigentlich frei* war gar die Rede von einer »Zeitenwende« (Lichtschlag 2010). Sarrazins Äußerungen waren nicht die ersten, in deren Zusammenhang eine Tabuisierung von Meinung behauptet wurde. Während bei Möllemann, Walser, Hohmann, bei den Diskussionen um Kopftuch, Burka und Mohammed-Karikaturen aber die Tabuisierung angeblich nicht durchbrochen werden konnte, erachteten etliche rechte Autor_innen die freie Äußerung der (rechten) Meinung nun als durchgesetzt.

... von oben nach unten

In Diskussionen wie diesen geht es immer darum, unter dem Verweis auf Meinungsfreiheit diskriminierende Rede zu ermöglichen. Kritik daran wird als repressiv stigmatisiert und präventiv als moralisierend, gutmenschlich und vor allem als unterdrückend dargestellt. Die Unterdrückung richte sich gegen diejenigen, die diskriminierende Aussagen tätigen, nicht gegen jene, die von diesen Aussagen betroffen sind. So kann die Rechte aus einer angeblichen Opferperspektive heraus die Felder des Sagbaren ausweiten.

Es geht bei dem Reden von Sarrazin und Co. nicht schlicht darum, etwas gesagt zu haben, was andere nicht richtig finden. Sprechen und Handeln sind keine Gegensätze. Rassistische Rede bewirkt konkrete Ausgrenzungen und Diskriminierungen, die Menschen, die nicht angehört werden im öffentlichen Diskurs, noch weiter ins Außen stellen. Wenn Menschen rassistisch ausgegrenzt werden und ihnen im Namen der Meinungsfreiheit kein Recht zugestanden wird, dies zurückzuweisen, wirkt sich das besonders fatal aus. Hier verdoppelt sich die Ausgrenzung: »Ich sage dir, du bist bescheuert, und wenn du dich darüber aufregst, bist du auch noch Faschist.« Betroffene im Namen der Meinungsfreiheit zum Schweigen zu bringen, ist eine der effektivsten Formen ausgrenzender Rede.

Dass im Fall Sarrazin »von oben nach unten« gesprochen wird, ist deutlich. Angehörige privilegierter, *weißer*, sozialer Schichten lassen sich über Erwerbslose und über Migrant_innen aus. In einer »Leistungsgesellschaft«, in der Menschen sich ihre sozialen Positionen »verdienen«, wird dies kaum als Problem wahrgenommen. So genau nimmt es niemand, wenn es um die Analyse des Ursprungs sozialer Privilegien geht. Hauptsache ist: Wer zuerst kommt, spricht zuerst. Die Gruppen, über die »von oben« abwertend gesprochen wird, haben meist weder den Zugang zu Mainstream-Medien noch die gesellschaftlichen Positionen, die bewirken, dass ihre Aussagen als relevant empfunden werden. Sie haben nicht dieselbe Redefreiheit, die Sarrazin genießt. So sichern die privilegierten Gruppen ihre Privilegien weiter ab.

Der Ursprung der Ausgrenzung liegt nicht bei dem sprechenden Subjekt, also in diesem Fall bei Sarrazin. Ohne Verantwortlichkeiten zu negieren – denn wir haben alle die Wahl, ob wir Ausgrenzungsdiskurse forcieren oder unterminieren –, geht es primär darum, historische Entwicklungen und Strukturen zu bekämpfen. Sarrazins Rede wäre ohne die Geschichte des Rassismus und seine institutionellen Formierungen, ohne rassistische Kontinuitäten und Konjunkturen verhallt. Sarrazin und seine Befürworter_innen haben nicht in einen machtfreien Raum gesprochen, sie haben vielmehr aus einer machtvollen Position an bestehende rassistische Diskurse angeknüpft und diese verstärkt.

Und die Kritik?

Für die Kritik heißt das, dass Aussagen auf ihre Kontexte, auf die Position ihrer Sprecher_innen in Herrschaftsverhältnissen und auf ihre Machtwirkungen hin untersucht und bewertet werden müssen. Während der ›Sarrazindebatte‹, die einher ging mit einer Debatte um ›Integrationsverweigerung‹ (womit nicht gemeint ist, dass Deutschland durch latenten Rassismus und ›Ausländergesetze‹ Migrant_innen die ›Integration‹ verweigert, sondern dass Migrant_innen sich in einen konstruierten kulturellen Mainstream nicht integrieren), werden massenhaft Roma abgeschoben. Dies scheint jedoch um einiges weniger zu interessieren als die ›Redefreiheit‹ eines wohlhabenden Ökonoms.

Die Kritik an Ausgrenzungsdiskursen muss die Verschränkungen entwirren, die Ausdrucksfreiheit als Legitimation für diskriminierende Aussagen nutzen. Das Vorgehen der Rechten ist nicht neu. Phrasen und Parolen werden sich angeeignet, um die eigenen Positionen zu stärken. Es werden quasi Tickets genutzt, positive Normen, die im öffentlichen Diskurs nicht diskreditiert sind, um rechte Positionen durchzusetzen. Verteidigung von Meinungsfreiheit oder allgemeiner Freiheitsrechte, die Verteidigung der Demokratie gegen ihre vermeintlichen Feinde ist ein beliebtes Mittel, um Rassismus zu legitimieren und fortzusetzen. Auch das Ticket Gleichberechtigung von Frauen wird im Rahmen dieser Debatte genutzt, um Moslems (als patriarchal) und Muslima (als passiv, handlungsunfähig und rückständig) abzuwerten und gleichsam patriarchale Strukturen ins ›Außen‹ zu verlagern. Diese Argumentationsfigur findet sich bevorzugt in Zusammenhang mit Diskussionen um das symbolisch aufgeladene Kopftuch oder die Burka. Frauen dienen hier als Projektionsfläche für kulturalistische Deutungen der Wirklichkeit. Was Frauen als Frauen dürfen oder nicht dürfen, bleibt so Gegenstand öffentlicher Debatten.

Ein Problem für Antirassist_innen ist, dass hier Binaritäten produziert werden, die uns der Widersprüchlichkeit überführen sollen: Entweder man ist

für die Meinungsfreiheit oder man verrät diese durch die Zensur rassistischer Äußerungen. Entweder man ist gegen die Unterdrückung von Frauen oder man stützt diese durch antirassistische Bekenntnisse. Die Antwort darauf kann nur sein, sich auf diese binäre Logik nicht einzulassen, sondern auf etwas zu pochen, dass Rechte seit jeher zu verleugnen suchen: nämlich, dass die Wirklichkeit zu komplex ist, um sie auf schwarz-weiße Bilder zu reduzieren.

Werte wie Meinungsfreiheit, Antisexismus oder Antirassismus als ›universale‹ Werte hochzuhalten, bedeutet nicht, dass ihre spezifische Anwendung keine Herausforderung darstellt. Sexismus und Rassismus drücken sich in vielen Formen aus. Demzufolge muss es auch eine Bandbreite antisexistischer und antirassistischer Ausdrucks- und Handlungsweisen geben. Es kann dabei passieren, dass sich manche dieser Ausdrucks- und Handlungsweisen in die Quere kommen. Dadurch werden Antisexismus und Antirassismus jedoch nicht zu Widersprüchen. Es wird höchstens deutlich, dass wir neue Ausdrucks- und Handlungsweisen brauchen. So können wir nicht leichtfertig über die ›Barbarei‹ arrangierter Ehen herzichen, wenn wir wissen, dass dies im gegebenen gesellschaftlichen Rahmen rassistische Diskurse stützt. Das heißt nicht, dass wir von nun an für arrangierte Ehen in patriarchalen Gesellschaftssystemen eintreten. Es heißt nur, dass wir uns der Problematik behutsam, spezifisch und ohne essentialistische (ob nun biologisch oder kulturell legitimierte) Verallgemeinerungen nähern müssen.

Ähnlich verhält es sich im Fall der Meinungsfreiheit. Hier gehört zu der spezifischen Anwendung des ›universalen‹ Prinzips wesentlich die Einsicht, dass ›universal‹ nicht ›absolut‹ bedeutet. ›Absolute‹ Freiheiten, die eine praktische und damit ethische Relevanz haben, gibt es nicht. Eine jede Freiheit, auch die der Meinung, erlangt ihren Sinn aus dem kollektiven Respekt, der ihr entgegengebracht wird. Ein Problem bürgerlicher Freiheitsrechte war seit jeher, dass sie individuell interpretiert wurden und nicht gesellschaftlich. Dies funktioniert wunderbar für jene, deren privilegierte soziale Positionen es erlauben, sie in Anspruch zu nehmen; es funktioniert bedeutend schlechter für jene, deren Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen mit einem Verweis auf abstrakte Rechte abgeschmettert werden, die ihnen konkret nicht zukommen. Die ›ideale Sprechsituation‹ ist genau das: ein Ideal; sie ist nicht gesellschaftliche Realität. Dies bedeutet nicht, bürgerliche Freiheitsrechte als historische Errungenschaft in Frage zu stellen und ins reaktionäre Lager abzudriften. Solche Deutungen überlassen wir gerne jenen (Post-)Linken, deren ›emanzipatorisches‹ Denken über das binäre nicht hinausgeht. Es bedeutet jedoch, dass Freiheitsrechte dann ad absurdum geführt werden, wenn sie zur Legitimation einer rein individuell gedachten Freiheit genutzt werden (›ich bin frei, weil ich tun und lassen kann, was ich will‹), anstatt zur Verteidigung einer freien Gesellschaft (›wir sind frei, weil niemand unterdrückt wird‹). Insofern

bedeutet eine Kritik Sarrazins nicht, das Prinzip der Meinungsfreiheit über Bord zu werfen, sondern vielmehr, es einzufordern. Es geht um den Appell an die soziale Verantwortlichkeit, ohne die Freiheit keinen Sinn macht. Alles andere sind rechte Fallen. Was also tun gegen die breit aufgenommenen und vielfach zitierten rassistischen und klassistischen Äußerungen?

Wesentlich ist das Formulieren von Kritik. Um diese zu legitimieren, braucht es an sich keine der oben ausgeführten Überlegungen zu der ethischen Bedeutung von Freiheitsrechten. Die Legitimation ist auch innerhalb des individualisierten Freiheitsverständnisses möglich. Letztlich genügt der einfache Hinweis darauf, dass Menschen, die sich so kompromisslose Meinungsfreiheit einfordern, eben auch mit der Meinung leben müssen, dass sie manchmal schlicht und einfach den Mund halten sollen. Doch ist es nicht nötig, sich auf Schlammschlachten solcher Art einzulassen. Eine Forderung nach ›Redeverbot‹ mag in manchen Fällen angebracht erscheinen, doch sind diese Fälle selten und entsprechende Debatten lenken in der Regel nur von der entscheidenden Aufgabe ab: nämlich Sprecher_innenpositionen zu analysieren, Machteffekte herauszustreichen und, vor allem, die Betroffenen sprechen zu lassen und ihre Rolle im Diskurs zu stärken.

Der Staat ist im Kampf um wirkliches (gesellschaftliches) freies Sprechen ein schlechter Verbündeter. Er ist keine neutrale Instanz und wird er als Kontrollmacht angerufen, laufen Gesellschaften immer Gefahr, dass sich die Einschränkungen gegen jene richten, die vermeintlich geschützt werden sollen. Der ›starke Staat‹ wird gegen Staatsrassismus nichts ausrichten. Der Staat darf nicht festlegen, was sprechbare Rede ist. Gesetzliche Reglementierungen lenken vom eigentlichen Ziel ab, nämlich die Struktur zu ändern und nicht einfach situative Manifestationen der Struktur zu unterbinden. Sarrazin und Co. sollten zum Anlass genommen werden, sich wieder verstärkt mit den gesellschaftlich dominanten und institutionalisierten Strukturen des Rassismus und der sozialen Deklassierung auseinanderzusetzen. Das kann nur mit den Betroffenen gelingen.

In diesem Sinne werden auch *weiße*, männlich dominierte linke Zusammenhänge nicht daran vorbei kommen, eigene rassistische, sexistische und klassistische Strukturen und Privilegien zu reflektieren und abzubauen. Sonst wird aus Solidarität Paternalismus.

Quellenverzeichnis

- Bartsch, Matthias / Dahlkamp, Jürgen / Fleischhauer, Jan / Hammerstein, Konstantin von / Kleinhubbert, Guido / Mittelstaedt, Juliane von / Olbrisch, Miriam / Popp, Maximilian / Verbeet, Markus 2010: Bündnis der Weggucker. In: *Der Spiegel* 37/2010. S. 21-28
- Hinz, Thorsten 2010: Sprache ist Macht. Wahnsinn und Tabu: Diskursverbote gibt es immer noch, daran hat auch Sarrazin nichts geändert. In: *Junge Freiheit* 41/2010
- Institut für Staatspolitik 2010: Der Fall Sarrazin. Eine Analyse. Studie 15 der Wissenschaftlichen Reihe. Schnellroda: Verein für Staatspolitik
- Kudjer, Andreas 2010: Solidarität mit Thilo Sarrazin. Online einsehbar unter: http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=321:solidaritaet-mit-thilo-sarrazin&catid=14&Itemid=2 [18.1.2011]
- Lichtschlag, André F. 2010: Die Woche der Wahrheit: Der Fall Sarrazin als Zeitenwende? In: *Eigentümlich Frei* Nr. 106. S. 28
- Voigt, Udo 2010: Sarrazins verpaßte Chance: In: *Deutsche Stimme*. Online einsehbar unter: <http://www.deutsche-stimme.de/ds/?p=3753> [18.1.2011]
- Wamper, Regina 2008: Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit. Münster: Unrast

Sebastian Friedrich (Hg.):

Rassismus in der Leistungsgesellschaft

Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen
Normalisierungsprozessen der ›Sarrazindebatte‹



Inhalt

Danksagung | 7

Sebastian Friedrich

Rassismus in der Leistungsgesellschaft | 8

Einleitung

Migration und Rassismus

Sabine Hess

Welcome to the Container | 40

Zur wissenschaftlichen Konstruktion der Einwanderung als Problem

Yasemin Shooman

Keine Frage des Glaubens | 59

Zur Rassifizierung von ›Kultur‹ und ›Religion‹ im antimuslimischen Rassismus

Sebastian Friedrich / Hannah Schultes

Von ›Musterbeispielen‹ und ›Integrationsverweigerern‹ | 77

Repräsentationen von Migrant_innen in der ›Sarrazindebatte‹

Serhat Karakayali

Reflexiver Eurozentrismus | 96

Zwischen diskursiver Kombinatorik und Latenz

Vassilis Tsianos / Marianne Pieper

Postliberale Assemblagen | 114

Rassismus in Zeiten der Gleichheit

Bevölkerungs- und Biopolitik

Juliane Karakayali

Bevölkerungspolitik im Postfeminismus | 134

Rassistische Debatten um Gebärquoten und ihre Einbettung in aktuelle Geschlechterpolitiken

Moritz Altenried

Rassismus und biopolitischer Kapitalismus | 147

Sarrazin und das Dispositiv der Integration

Elke Kohlmann

Die Ökonomie lügt doch ... und zur Hölle mit Goethe! | 162

Sarrazinscher (Post-) Rassismus in Zeiten neoliberaler Gouvernementalität

Kapital und Nation

Jürgen Link

Sarrazins Deutschland | 182

Ein Streifzug durch ein protonormalistisches Manifest

Christoph Butterwegge

Zwischen neoliberaler Standortlogik und rechtspopulistischem Sarrazynismus | 200

Die turbokapitalistische Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft in der Sinnkrise

Jörg Kronauer

Deutschland richtet sich auf | 215

Sarrazin und die Formierung des aufstrebenden deutschen Nationalstaates

Nora Rätzhel

Sarrazin und die neoliberale Globalisierung | 230

Zu einigen übersehenen Aspekten der Debatte

Interventionen und Perspektiven

Charlotte Misselwitz

›Parasiten, die auf Kosten der Gesellschaft leben...‹ | 242

Narrative Spiegelung als Intervention im Sarrazindiskurs

Gabriel Kuhn / Regina Wamper

›Das wird man ja wohl noch sagen dürfen‹ | 252

Wie männliche, *weiße*, sozial Privilegierte zum Opfer der Unterdrückung werden.

Autor_innen | 260

Autor_innen

Moritz Altenried lebt in London und Berlin. Er ist gegenwärtig als Postgraduate am Center for Cultural Studies der Goldsmiths, University of London. Seine Forschungsschwerpunkte umfassen Cultural and Social Theory, Rassismus, (Bio-)Macht, Theorien der Differenz und Repräsentationskritik sowie Politische Ökonomie. Außerdem ist er in bildungspolitischen und antikapitalistischen Zusammenhängen aktiv.

Christoph Butterwegge ist Professor für Politikwissenschaft, Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) sowie geschäftsführender Direktor des Instituts für Vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Armuts- und Sozialstaatsentwicklung, Rechtsextremismus und Rassismus sowie die Migrationspolitik.

Sebastian Friedrich lebt in Berlin-Neukölln. Er ist Redakteur von *kritisch-lesen.de*, freier Mitarbeiter der Opferberatungsstelle ReachOut Berlin, Mitglied des AK Rechts und der Diskurswerkstatt des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und aktiv im Netzwerk der *edition assemblage* in Münster. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Rassismus, extreme Rechte und soziale Ungleichheit.

Sabine Hess ist Professorin für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie an der Universität Göttingen. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Transnationalisierungs- und Europäisierungsforschung, Migrations- und Grenzregimeforschung, politische Anthropologie sowie kulturanthropologische Geschlechterforschung.

Juliane Karakayali ist Professorin für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Berlin und Mitglied im Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung. Zu ihren thematischen Schwerpunkten gehören Migration, soziale Ungleichheit und feministische Theorie.

Serhat Karakayali war neben seinem Studium am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) aktiv und hat 2008 zur Genealogie illegaler Einwanderung promoviert. Er ist zurzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für soziologische Theorie am Institut für Soziologie der Universität Halle. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die Migrationsforschung, poststrukturalistische Hegemonietheorie, Biopolitik und politische Theorie.

Jörg Kronauer ist Sozialwissenschaftler und freier Journalist, Redaktionsmitglied bei german-foreign-policy.com und Mitarbeiter des Antirassistischen Bildungsforums Rheinland. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Konservatismus, extreme Rechte und deutsche Außenpolitik.

Elke Kohlmann ist in Rüsselsheim zur Schule gegangen, hat in Duisburg Sozialwissenschaften studiert und lebt nun in Berlin-Neukölln. Die Bildung an diesen von Sarrazin verteufelten Orten lässt auf nicht ganz einwandfreies Humankapital schließen – wie auch der Hang zu Zucker und Zigaretten. Momentan arbeitet sie als Dozentin für Deutsch als Zweit- und Fremdsprache.

Gabriel Kuhn lebt als freier Autor und Übersetzer in Stockholm. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Anarchismus, autonome Politik und subkulturelle Zusammenhänge.

Jürgen Link ist emeritierter Professor für Literaturwissenschaft und Diskurstheorie an der Universität Dortmund. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen struktural-funktionale Interdiskurstheorie, Kollektivsymbolik und Normalismustheorie.

Charlotte Misselwitz pendelt als freie Journalistin für Hörfunk und Print zwischen Tel Aviv und Berlin. Momentan promoviert sie in an den Universitäten in Tel Aviv und Duisburg-Essen zum Thema »Reflecting rhetorics about the Muslim world in Israeli and German Media«.

Marianne Pieper ist Professorin am Department Sozialwissenschaften der Universität Hamburg. Sie leitet den Schwerpunkt Kulturen, Geschlechter, Differenzen. Forschungsschwerpunkte sind Fragen der Konstituierung von Subjektivitäten und neuen Kollektivitäten im Zeichen globaler Transformationsprozesse und transnationaler Mobilität.

Nora Rätzel ist Professorin für Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Umeå, Schweden. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören Klassen-, Geschlechter- und ethnische Verhältnisse im urbanen Alltag; transnationale Unternehmen, Gewerkschaften und Umweltpolitik im Kontext des Nord- Südkonflikts.

Hannah Schultes studiert Sozialwissenschaften in Düsseldorf, ist Mitglied der Diskurswerkstatt des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung

(DISS) und Redakteurin bei kritisch-lesen.de. Zu ihren Interessen zählen Mediendiskurse, Migration und Intersektionalitätsforschung.

Yasemin Shooman ist Doktorandin am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. In ihrer Dissertation untersucht sie historische und aktuelle antimuslimische Diskurse und ordnet diese aus rassismustheoretischer Perspektive ein. Zu ihren Arbeitsschwerpunkten zählen die Themen Antimuslimischer Rassismus, Migration und Medienanalyse.

Vassilis Tsianos hat an der Universität Hamburg promoviert, wo er Migrationssoziologie, kritische Urbanistik und Border studies unterrichtet. Er arbeitet als Senior Researcher im europäischen Forschungsprogramm Mig@Net, Transnational Digital Spaces, Migration and Gender. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Transnationale Migration und border studies, Prekarisierung, Biopolitik, Rassismustheorie.

Regina Wamper ist Mitarbeiterin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS). Sie arbeitet diskursanalytisch zu den Themen extreme Rechte in Deutschland, Antisemitismus, völkische Kapitalismuskritik und Geschlechterkonstruktionen der extremen Rechten.



Sebastian Friedrich / Patrick Schreiner (Hg.)
Nation – Ausgrenzung – Krise
Kritische Perspektiven auf Europa

240 Seiten, 18,00 Euro
ISBN 978-3-942885-36-2

Ausgrenzendes Denken und nationalistisches Denken stehen in einem engen wechselseitigen Zusammenhang mit Kapitalismus und Neoliberalismus. Die mittlerweile schon Jahre andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise macht dies einmal mehr und in aller Brutalität deutlich: Als „Schuldige“ an der Krise werden immer die „Anderen“ identifiziert – sie werden als „faul“, als „unfähig“ oder als „Last“ beschimpft. Seien es soziale Gruppen innerhalb der europäischen Staaten (wie etwa Migrant_innen, Transferleistungsempfänger*innen oder Niedriglöhner*innen) oder seien es gleich ganze Länder (wie etwa die südeuropäischen) – die nationalistische und ausgrenzende Unterscheidung zwischen einem guten „Wir“ und einem schlechten „Sie“ ist längst zu einem festen Bestandteil der Diskussionen in Medien und Politik geworden. Der Sammelband „Nation – Ausgrenzung – Krise“ fragt nach den Formen und den Auswirkungen dieses ausgrenzenden und nationalistischen Denkens in Europa.

Mit Beiträgen von:

Moritz Altenried, Umberto Bettarini, Christoph Butterwegge, Alessandro Capelli, Anna Curcio, Frank Eckardt, Patrick Eser, Sebastian Friedrich, Bernd Kasperek, Anika Kozicki, Sara Madjlessi-Roudi, Maria Markantonatou, Sibille Merz, Davide Schmid, Ingo Schmidt, Patrick Schreiner, Mariana Schütt, Sava Ta, Vassilis Tsianos, Torben Villwock, Ute Weinmann u.a.

Die Herausgeber

Sebastian Friedrich, Publizist und Aktivist aus Berlin. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören soziale Ungleichheit, Rassismus, soziale Bewegungen, Medienkritik und Diskurstheorie.

Patrick Schreiner, Gewerkschafter und Publizist aus Hannover. Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören Finanz- und Wirtschaftspolitik, Verteilung, Nationalismustheorie und Diskurstheorie.



Andreas Kemper
Rechte Euro-Rebellion
Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V.

120 Seiten, 12,80 Euro
ISBN 978-3-942885-49-2

Aus dem Scheitern der rechtspopulistischen DM-Partei Bund Freier Bürger und der unternehmernahen Lobbyorganisation Bürgerkonvent e.V. sind rechtskonservativ-libertäre Fortsetzungsprojekte mit neuen Strategien entstanden. There is no Alternative gilt für die deutsche Tea-Party-Bewegung nicht.



Hendrik Puls
Antikapitalismus von rechts?
Wirtschafts- und sozialpolitische Positionen der NPD

Studien zur extremen Rechten, Band 1
144 Seiten, 16,80 Euro
ISBN 978-3-942885-04-1

Erste umfassende Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik der NPD.



Tobias Alm, Cordelia Heß (Hg.)
Rechtspopulismus kann tödlich sein!

Entwicklung und Folgen des Rechtsrucks in Skandinavien
120 Seiten, 9,80 Euro
ISBN 978-3-942885-29-4

Den skandinavischen Ländern eilt der Ruf toleranter und gut funktionierender Gesellschaften voraus. Ein immenser Rechtsruck, der sich im Schatten dieser Perspektive vollzogen hat, wird hierbei meist ausgeklammert.